

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Geschäftstages 8 1/2 bis 3 Uhr
Verleger: Hermanns-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

Der Eid, wie sie ihn auffassen.

Westarp als Interpret deutschnationaler Ministeridee.

Nachdem die „Kreuz-Zeitung“ das Wort vom „inneren Gewissenskonflikt der Deutschnationalen Volkspartei“ geprägt hat, ist die Diskussion über die deutschnationalen Eide auf die republikanische Verfassung ins Rollen gekommen.

Das ist Westarps Auffassung vom deutschnationalen, Verfassungseid:

„Man macht aus Richtlinien und Verfassungseid ein Gesinnungsbekennnis zur Republik, mit anderen Worten ein Bekenntnis zu der Auffassung, daß die republikanische Staatsform die allein geeignete sei und aus innerer Ueberzeugung von ihrer Vortrefflichkeit gestützt und gefördert werden müsse.“

Für Graf Westarp ist der Eid auf die Verfassung lediglich eine formale Angelegenheit, die nichts mit der inneren Gesinnung zu tun hat.

„Ein Bekenntnis zum Staat ist für uns „nicht gleichbedeutend mit einem Bekenntnis innerer Zustimmung zur Staatsform.“

Nun gilt der Verfassungseid der Staatsform. Also liegt das Bekenntnis der Deutschnationalen zum Staat nicht im Verfassungseid.

„Herr Abgeordneter Haas hat darüber hinaus am 16. d. M. im Reichstag die Aufforderung an uns gerichtet, wir möchten nun endlich in Interesse des Landes „unser Doppelspiel aufgeben und uneingeschränkt ein ganz klares und deutliches Bekenntnis zur Republik aussprechen.“

Also die Republik ist nicht die geeignete Staatsform! Das wissen die Deutschnationalen tief im Gewissen. Trotz dieser festen inneren Stimme aber schwören sie feierliche Eide, die republikanische Verfassung, das heißt die Staatsform zu wahren und zu schützen!

Die Deutschnationalen sind also im Besitze einer politischen Erkenntnis, die tief in ihrem Gewissen verwurzelt ist, der Erkenntnis, daß die Monarchie die geeignetere Staatsform ist.

Graf Westarp, der das deutschnationalen Gewissen belehrt, daß es sich nicht durch „Doppelzüngigkeit“ beschwert zu fühlen brauche, plädiert zum Ersatz auf politische Knochenweichung.

Die Monarchie, das ist ein schönes Ideal für die Deutschnationalen, aber Graf Westarp möchte es so hoch stellen, so hoch in die Wolken heben, daß es keiner mehr sieht:

„Kein Mensch unter uns ist so töricht, die unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie als eine Aufgabe der Gegenwart anzusehen. ... Jedenfalls hat auch die letzte Woche bestätigt, daß für die Gegenwart die politische Aufgabe, die Monarchie wiederherzustellen, nicht gelöst und ohne schwereren Schaden für das Land nicht einmal gestellt werden kann.“

Die politische Aufgabe, die Monarchie wiederherzustellen, darf in der Gegenwart nicht einmal gestellt werden!

Wenn man aber im Lande draußen ist, dann holt man das Ideal wieder aus den Wolken herunter und zeigt es den Parteigenossen vor:

„Was noi tun, und woran wir festhalten, ist etwas anderes: wir arbeiten daran, in dem deutschen Volk den Kaisergedanken, der stets die Sehnsucht der besten Deutschen gewesen ist, lebendig zu erhalten und es wieder für die seinem Wesen, seiner Lage und seiner Ueberlieferung entsprechende Staatsform der Monarchie zu gewinnen.“

Man ist also monarchisch, so monarchisch, wie Herr Stresemann ungefähr vor zwei Jahren monarchisch war. Herr Graf Westarp hat sich von ungefähr vom Bekenntnis zur Gegnerschaft zur Republik in einen kühlen, resignierten, greisenhaften Vernunftmonarchismus hineindiskutiert.

Baldwin verkündet den Abbruch.

„Times“ sagt: wegen revolutionärer Sowjetpropaganda.

London, 24. Mai (WIZ.) Times meldet: Die heutige Anfrage über die Arcosrazzja wird im Unterhause von Clynnes gestellt werden, da Henderson sich nach Southampton begibt, um Macdonald zu begrüßen, der aus den Vereinigten Staaten zurückkehrt.

Das Kabinett ist gestern übereingekommen, daß eine volle Mitteilung in Erwiderung auf die Oppositionsanträge vom Premierminister und nicht vom Innenminister, wie ursprünglich vorgesehen war, gemacht werden soll.

Auch Westminster Gazette meldet, daß das Kabinett den ersten Beschluß gefaßt habe, alle Beziehungen zu Rußland zu lösen, da die Handelsdelegation als Vertreterin der russischen Regierung in England eine heimliche umfürzerliche Tätigkeit entfaltet habe.

Neue Untersuchung in Massachusetts.

Der Staatsgouverneur will selber die Zeugen gegen Sacco und Vanzetti vernahmen.

Paris, 24. Mai. (Sig. Drahtber.) Wie „Populaire“ meldet, hat der Gouverneur des amerikanischen Staates Massachusetts angesichts des Protestes der ganzen Welt gegen die beabsichtigte Hinrichtung von Sacco und Vanzetti beschlossen, eine neue Untersuchung unter seinem Vorsitz einzuleiten und nochmals alle Zeugen zu vernahmen.

Vorstandsdebatte in Kiel.

Gegen Mittag Schluß der Debatte.

F. Kl. Kiel, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Vormittagsitzung wurde die Aussprache über den Vorstandsbericht abgeschlossen. Es sprachen auch weiterhin nicht an kritischen Bemerkungen über die Lage der Partei und den Vorstandsbericht, wobei hauptsächlich Redner aus Sachsen zu Worte kamen.

Ein warmherziges Wort für die Betätigung der Jugend in der Partei und der Arbeit für die Jugend durch die älteren Parteigenossen sprach Genossin Pfüls, die sich herzhaft zur Gruppe der in der Partei vielfach verfeimten Schulmeister zur Partei gehörig bezeichnete.

Genosse Stellung vom Parteivorstand behandelte noch einmal die Beamtenfragen und verwies vor allem darauf, daß vielfach aus den Kreisen der Beamten dringend dem Parteivorstand nahegelegt würde, nicht etwa die Beamten, die dem Deutschen Beamtenbund, vor allem die Lehrer, die dem Deutschen Lehrerverein angehören, durch moralische Druckmittel zu veranlassen, aus dieser Gewerkschaft auszutreten.

Nach Stellings Erklärungen wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Den Abschluß der Vormittagsitzung bildete dann der Austausch persönlicher Erklärungen. Genosse Dr. Rosenfeld, der gestern die Frage der Höhenjollernabfindung zur Sprache gebracht hatte und dem daraufhin eine Antwort von Otto Braun zuteil geworden war, nahm die Gelegenheit wahr, in einer sehr umfangreichen Ausführung, gestützt auf die Berichte und auf die Akten des preussischen Staatsministeriums,

die Otto Braun ihm zur Durchsicht zur Verfügung gestellt hatte, seine Tätigkeit als preussischer Justizminister in der Revolutionszeit darzustellen, wobei er zu dem Schluß kam, daß Brauns Auffassung über seine Haltung irrig sei.

Braun antwortete in einer längeren, ebenfalls persönlichen Erklärung, die vielfach von Widerspruch unterbrochen und durch Beifall unterstrichen wurde.

Genosse Renner, von lebhaftem Beifall begrüßt, erklärt, daß die Verhältnisse in Oesterreich doch ganz anders seien als in Deutschland, daß man sich nicht unbedingt auf Oesterreich beziehen dürfe.

Genosse Renner, von lebhaftem Beifall begrüßt, erklärt, daß die Verhältnisse in Oesterreich doch ganz anders seien als in Deutschland, daß man sich nicht unbedingt auf Oesterreich beziehen dürfe. Oesterreich sei ein viel kleineres Land mit viel übersichtlicheren Verhältnissen. Es besitze nur zwei Parteien, während die deutschen Sozialdemokraten mit einer ganzen Reihe gegnerischer Parteien zu tun haben.

Darauf trat der Parteitag in die Mittagspause ein.

Kiel, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen beginnen heute eine Stunde später mit Rücksicht auf die Beschäftigung der Werft der Deutschen Werke, die um 7 Uhr vormittags vorgenommen wurden.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Witte-Stettin:

Otto Braun hat die Abstimmungsfrage als preussischer Ministerpräsident hier behandelt. Wenn er meinte, es hätte nach drei Tagen kein Mensch mehr darüber reden brauchen, so hat er nicht berücksichtigt, daß die breiten Volksmassen vorher wochenlang aufgewühlt waren mit dem Motto, „Keinen Pfennig den Fürsten“.

machen, waren über die Lösung ungehalten und es bedurfte des ganzen Einflusses der Zeitung der Partei, um sie bei der Stange zu halten. Die Haltung der Partei in dieser Frage war das beste Agitationsmittel für die Kommunisten. Bei seiner Polemik gegen die sächsischen Parteigenossen hat Braun Ausdrücke gebraucht, die er besser unterlassen hätte, denn die sächsischen Genossen sind gegenüber den Angriffen, die in Heidelberg gegen sie gerichtet wurden, heute völlig rehabilitiert. Welcher Bezirk hätte das ausgehalten, was die sächsischen Genossen durch die Störung der 23 ausgehalten haben. Wels, der heute seine Donnerreden gegen Leo und Genossen richtet, findet nichts dabei, daß namhafte Genossen in bürgerlichen Zeitungen ihre geistigen Produkte niederlegen, was Bebel auf dem Dresdener Parteitag aufs schärfste verurteilt. Das ist alles willkommenes Agitationsmaterial für die Kommunisten, die gerade die Linke in der Partei besonders anpöbeln, weil sie wissen, daß diese den größten Einfluß hat. (Widerspruch. Zuruf: Rief.) Ich glaube, daß es in den Parteiversammlungen hier genau so aussieht, wie anderswo. Schließlich bitte ich den Parteivorstand zu erwägen, ob er nicht zur Klärung der parteitaktischen Fragen anstatt der „Gesellschaft“ ein ähnliches Organ wie früher die „Neue Zeit“ als billiges Organ für alle Funktionäre herausgeben kann. (Beifall.)

#### Göppert-Kassel:

Die Frage der Beamtenorganisation müßte uns eingehend beschäftigen. Es ist nicht lediglich eine Erziehungsfrage. Die Zeiten, wo die Beamten uns als Fremdkörper galten, sind Gatt sei Dank vorüber. Von denen, die nach der Revolution zu uns gestoßen sind, waren sicher viele Stellschreiber. Aber es handelt sich um die, die bei uns geblieben sind. Auch gegen sie besteht noch ein gewisses Mißtrauen. Man spricht auch noch immer von Novembersozialisten. In Oesterreich hat die Beamtenbewegung bessere Fortschritte zu verzeichnen. Die bisherige Lösung stellt niemand zu frieden, das beweist die große Zahl der Anträge. Wir müssen dem Rechnung tragen, daß zwei große Beamtenorganisationen bestehen und können als Partei nur dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund Vertrauen schenken. Leider ist das nicht der Fall. Wie in anderen Berufen, so müssen wir auch hier von gelben Organisationen sprechen. Es muß mit offenen Karten gespielt werden. Wir können nichts zu tun haben mit einem Verband, der monatlich 10 000 M. an den „Deutschen“ gibt, der die Partei bekämpft und der im letzten Jahre 95 000 M. der Zentralgewerkschaft der Eisenbahner zur Bekämpfung des freien Eisenbahnerverbandes, des Einheitsverbandes gegeben hat. Es muß hier auf dem Parteitag eine klare Entscheidung gefaßt werden. Sonst kommt der Kampf in den Bezirken zum Austrag, zum Schaden der Partei.

#### Liese-Berlin:

In der Beamtenpolitik muß die Partei eine Wendung vollziehen. Der Bund deutscher Krankenkassenbeamten, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, hat mit der bisherigen neutralen Stellungnahme der Partei direkt Propaganda gegen die uns nahestehende Organisation getrieben. Die Lösung, die Aufhäuser vorgeschlagen hat, erscheint uns als der notwendigen Fortschritt. Wir müssen weiter den Antrag empfehlen, daß die Partei gegen die Genossen einschreite, die am „Volksstaat“ mitarbeiten. (Wels: Wir kennen keinen solchen Genossen.) Man hat uns berichtet, daß zwischen den Genossen Freydenbach, Kuhnert sowie dem Genossen Breuer ein Gespräch stattgefunden hat, in dem Breuer gesagt haben soll, er wolle am „Volksstaat“ weiter mitarbeiten und Wels soll darüber unterrichtet sein. (Hört, hört!) Dabei ist der „Volksstaat“ doch ein ausgesprochen mütterliches Organ und ich brauche zu seiner Kennzeichnung kein Wort hinzuzufügen.

Was unseren Antrag anbetrifft, mindestens vierteljährlich kleine allgemeinverständliche Agitationsbrochüren herauszubringen, von denen jede zweite für die Frauenorganisation bestimmt sein soll, so sind wir mit der Erklärung des Parteivorstandes zufrieden, daß demgemäß verfahren und von Fall zu Fall entschieden werden soll. Besonderen Wert legen wir auf den Berliner Antrag, daß vor wichtigen Entscheidungen die Bezirksvorstände rechtzeitig informiert werden sollen. Wir halten es für notwendig, die Parteioorganisation mehr als bisher am politischen Leben zu beteiligen. Hätte man z. B. bei der Fürstentumfindung die Bezirksvorstände ins Bild gesetzt, so hätte nach unserer Ueberzeugung trotz aller Schwierigkeiten die Bewerbochere Erfolg gehabt. (Lebhafte Beifall.) Die Bezirksvorstände könnten dann eher mit den Mitgliedschaften in Verbindung treten und auf diese Weise auch innerhalb der Partei die Demokratie zur Geltung und zur vollen Entfaltung bringen. Wir werden jeder schwierigen Situation Herr werden, wenn wir die Auffassung der

Mitgliedschaft berücksichtigen. Und der aufgeklärte Genosse wird jederzeit der beste Kämpfer für die Partei sein.

#### Steinkopf:

Die Resolution des Parteivorstandes zur Beamtenfrage erfüllt nicht ganz die Forderung nach Klarstellung der Streitfrage. Sie berücksichtigt nicht in genügendem Maße die veränderte Situation, die durch die Vereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit dem christlichen entstanden ist. Deshalb habe ich auch die Resolution Aufhäuser mit unterschrieben. Aber gegen diesen Antrag haben sich wieder Bedenken erhoben, weil er von der Pflicht spricht, daß der Beamte sich freiergewerkschaftlich organisieren muß und daher einen gewissen Zwang auferlegt. Nun wollen wir keinen Genossen infamieren, der dem Beamtenbund angehört. Wir wollen niemand in einen Gewissenskonflikt treiben. Wir achten die Genossen, die als Kämpfer im Deutschen Beamtenbunde wirken. Auf der anderen Seite halten wir es für zweckmäßig, wenn sich die Partei klar für die freie Beamtenbewegung ausspricht. Zur Vereinigung dieser beiden Schichten empfehle ich deshalb, im Antrag Aufhäuser mich zu lösen: „Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Beamtenbewerkschaft fördern. Aufgabe der Partei ist es, die freien Gewerkschaften zu unterstützen.“ Von dieser Formulierung verspreche ich mir große Vorteile.

#### Frenzel-Leipzig:

Wels und Ludwig haben gestern wohl Schulbeispiele dafür geliefert, wie ein Berichterstatter des Parteivorstandes es nicht machen soll. Insbesondere die Ausfälle gegen die Opposition und die höhnische Bemerkung von Ludwig, daß mancher Parteigenosse mehr kommunistisch denke, aber die Sicherheit in der Sozialdemokratie der Unsicherheit in der Rauschmeyerpartei vorziehe, haben uns sehr verstimmt und von vornherein in die Debatte eine übermäßige Schärfe getragen. Gerade in diesem Zusammenhang hätten die Mitglieder des Parteivorstandes nicht von Heberei, Kritischei und Angeberei sprechen dürfen. Warum wirft man nur der Opposition Mißbrauch der Meinungsfreiheit vor, nicht aber den Genossen, die dauernd an gegnerischen Zeitungen mitarbeiten? Wenn Genosse Dito Braun einmal von seinem Ministerstuhl zu den kleinen Funktionären herabsteigen wollte, dann könnte er sich davon überzeugen, daß der Fürstenvergleich durchaus nicht ohne Einfluß auf die sächsischen Wahlen war. Dieser Vergleich war das einzige Mittel, mit dem uns die Kommunisten in Sachsen bekämpfen konnten. Noch in Heidelberg hat man uns wegen unserer Stellung gegen die 23 wie Ausläufer behandelt. Gestern hatten wir die Genugtuung, daß Wels ganz deutlich von den sogenannten Sozialisten abgetrennt ist. Der Gang der historischen Ereignisse hat die Haltung der sächsischen Delegation in Heidelberg gerechtfertigt. Die Mehrheit hat uns zugestehen müssen, daß man uns damals Unrecht getan hat. Mit besonderem Nachdruck möchte ich die Anträge empfehlen, die zugunsten der technischen Angestellten und Arbeiter der Parteibetriebe gestellt wurden. Der von Ludwig erwähnte Reichsausschuß der Arbeiter und Angestellten in Parteibetrieben hat den gewerkschaftlichen Parteivorstand als zu Recht bestehend anerkannt. (Widerspruch.) Seit die Konzentration besteht, verliert man die sozialen Einrichtungen in der Partei abzubauen. (Zustimmung und Widerspruch.) In einzelnen Betrieben hat man sogar eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden versucht. Auch die Höhe der Pensionen der Fürsorgetage der technischen Angestellten und Arbeiter ist durchaus unzureichend.

#### Genossin Jablon:

Die Straßrede des Genossen Wels gegenüber den Jungsozialisten hat das gute Einvernehmen der letzten Zeit zwischen der Jugend und der Partei sicher nicht gefördert. Richtungsstreit hat es allerdings unter den Jungsozialisten gegeben. Wir haben volle Meinungsfreiheit gewährt und haben den Richtungsstreit sachlich ausgefochten. Ein parteischädigendes Verhalten der Kesselfläner haben wir in unserer Gruppe nicht feststellen können. Wir haben diese tätigen aktiven Genossen sehr ungern scheiden sehen, haben uns aber selbstverständlich ohne den geringsten Widerstand dem Parteivorstand gefügt. Die Lüge, die dadurch in unsere Reihen gerissen ist, ist heute ausgefüllt. Ganz anders steht es mit den Leuten um Riefisch. In unserem Kampf gegen diese Genossen hat uns der Parteivorstand nicht unterstützt, er hat für unsere Forderungen sie aus der Partei auszuschließen nur Hohn und Spott gehabt (Hört, hört). Noch heute können diese einflussreichen jungsozialistischen Mitglieder, obwohl sie dieselbe nationalsozialistische Einstellung haben, wie Riefisch der Partei angehören und in ihrem Zentralorgan schreiben. Wie kann man uns vorwerfen, daß sich diese Elemente in unseren Reihen befunden haben,

wenn man sie noch in der Partei duldet. Der Parteivorstand ist sehr großzügig mit der Meinungsfreiheit, wenn es sich um Genossen nach rechts handelt, nicht aber bei der Meinungsfreiheit nach links. Gerade die Jugend bedarf der Meinungsfreiheit am nötigsten.

#### Stamper:

Zum ersten Male in den bald 11 Jahren, die ich die Ehre habe, das Zentralorgan der Partei zu verantworten, ist auf einem Parteitag etwas entstanden wie ein Anschlag an frühere Vorwärts-Debatten. Nun kenne ich besser als Sie die Fehler, die ich im Laufe dieser Zeit begangen habe und ich muß nach dem, was hier gegen den Vorwärts angeführt ist, sagen, es hätte schlimmer kommen können. Man hat hier nicht gesprochen von einem „Zentralleiden“ der Partei wie damals, als Wilhelm Liebknecht und Braun den „Vorwärts“ redigierten. Es ist auch nicht ein Satz gefallen, wie ihn Franz Mehring in der Leipziger Volkszeitung gegen den Vorwärts zu Kurt Eisners Zeit geschrieben hat: „Kein Wunder, daß die Enttäuschung des deutschen Proletariats gegen dieses sogenannte Zentralorgan von einem Ende Deutschlands bis zum anderen Ende aufschäumte“ (Weiterkeit).

Ein kurzes Wort zu Hamburg: Es mag sein, ich kann es auswendig nicht nachprüfen, daß dem „Vorwärts“ im Januar dieses Jahres in der betreffenden Frage journalistische Flüchtigkeitsfehler unterlaufen sind, ich bedaure das, aber warum hat der Genosse Deuterich nicht schon früher darüber mit mir gesprochen oder mit einem Kollegen der Fraktion.

Auch das, was Genosse Rosenfeld gegen den „Vorwärts“ ausgeführt hat, läßt sich mit größerer Schärfe nicht vergleichen. Der Grundlag, den ich immer vertreten habe, hat sich offenbar durchgesetzt.

Daß das Zentralorgan der Partei nichts anderes sein kann als die publizistische Vertretung der Politik der Gesamtpartei. (Sehr richtig!)

Das ist nicht möglich, wenn man im Zentralorgan eine unbeschränkte Meinungsfreiheit statuiert. Diese Meinungsfreiheit haben auch wir Vorwärts-Redakteure nicht. Wenn Sie im „Vorwärts“ das gelesen hätten, was wir Redakteure über gewisse Vorgänge in der Partei Sachsen gesprochen haben, so würden Sie sich sehr darüber gewundert haben. Wir haben unsere Meinung aber unterdrückt im Interesse der Gesamtpartei, aus Liebe zur Partei und aus Sorge vor Partei und haben lieber manchmal über Dinge geschwiegen, über die wir gern geschrieben hätten.

Gewiß, auch dieses System hat Fehler und führt zu manchen Unannehmlichkeiten, aber es ist gelungen, mit diesem System die Einigung zu fördern und die Partei vor schweren Schädigungen zu bewahren. Wenn wir nach dem Rezept von Juidau, Blauen und Chemnitz gehandelt hätten, wäre die Sozialdemokratische Partei heute ein Trümmerhaufen. Wie steht es denn mit der vielgerühmten Meinungsfreiheit bei denen, die ihre Mängel am Zentralorgan immer kritisieren? (Zuruf: Leipzig!)

Ein Beispiel: Fleißner griff vor kurzer Zeit die preußische Koalitionspolitik in einem Artikel an. Darauf verließ die meinungtreue Schiffs als einziger in der Diskussion die preußische Koalitionspolitik in einem Artikel, der auch in der Leipziger Volkszeitung abgedruckt wurde. Diese veröffentlichte aber dann hintereinander zwei Artikel, die sich auch in persönlicher Weise scharf gegen Schiffs wandten. Die Entgegnung von Schiffs wurde abgelehnt. Ich habe Verständnis dafür, daß eine Redaktion eine solche Diskussion nicht bis ins Unendliche führen lassen kann. Aber man darf sie auch nicht nach solchen Angriffen abbrechen. Wenn es dazu käme, daß im „Vorwärts“, wie es mein Wunsch ist, eine Tribüne eröffnet würde zum Austausch von Meinungen, dann müßte auch hier mit der Diskussion einmal abgebrochen werden und dann würde auch die eine oder andere Partei über Unterdrückung schreien. Wenn Rosenfeld hier von Moskauer Methoden des Parteivorstandes gesprochen hat, so war das gewiß nur ein fauler Witz von ihm, aber er sollte es sich überlegen, ehe er solche Worte gebraucht, denn so sind eine billige Gelegenheit für unsere Gegner, die sie gegen die Partei gebrauchen werden.

Ich verstehe es nicht, wie gerade Liebmann von brutaler Rücksichtslosigkeit des Parteivorstandes sprechen kann. Ich habe hier von noch nie etwas bemerkt. Ich weiß nur, daß der Parteivorstand Mittel für Blätter bewilligt hat, die ihn in der bestmöglichen Weise angegriffen haben. (Ludwig [vom Parteivorstand]: Sehr richtig! Wir werden sie nachher nennen.) Ebenfalls unverständlich war die unfamerhafte Art und Weise, in der Liebmann über Lipinski hergefallen ist. Man vertritt sich immer auf Oesterreich. Aber in Oesterreich wäre es ausgeschlossen,

## Die 24-Stunden-Uhr.

Von Troll.

Ein Glück, daß es zu der Zeit, als ich noch jung und schön und kniprig war, die 24-Stunden-Uhr noch nicht gegeben hat.

Damals sah im Theater — es wurde „Kobale und Liebe“ gegeben — neben mir in der Loge ein hübsches junges Mädchen. Bis in den letzten Winkel meines leicht entflammten Herzens war ich auf den „ersten Blick“ verliebt. Ich merkte zu meinem Glück, daß ich ihr auch sympathisch war. Näher konnte ich mich nicht. Ihre Mutter war auch da. In der Pause schrieb ich schnell einen Zettel, auf dem die süßlichsten Worte standen:

„Seien Sie bitte, morgen punkt 10 Uhr in dem Theater-Café!“

Punkt 10 Uhr vormittags sah ich bis mittags 1 Uhr in dem Theater-Café. Sie kam nicht.

Und habe sie, die Angebetete, nicht wieder gesehen.

Erst heute, nach fünf Jahren, sah ich „sie“ in der Gesellschaft, bei Schulzes.

Ich erkannte sie, sie mich wieder.

Aber... sie war verheiratet.

In einem unbewachten Augenblick sagte ich zu ihr:

„Drei Stunden habe ich damals im Theater-Café auf Sie gewartet.“

„Das kann nicht stimmen.“ antwortete sie entrüstet. „Ich wartete damals von 10 bis 11 Uhr auf Sie! Es war abends nach dem Konzert von Mengelberg!“

„Abends? Ich wartete von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr auf Sie!“

Beiderseits lange Gesichter!

Da wurde bei Schulzes der Rosta serviert.

Ihr Gatte sah neben ihr. Rucksackmännchenstil. Sie tyrannisierte, schikanisierte ihn zum Weißbluten. Es war furchtbar.

Ich fragte Frau Schulze, ob Frau I. immer so höflich zu ihrem Mann sei.

Sie nickte bejahend.

„Auch in der Verlobungszeit?“ fragte ich.

„O, nein,“ so Frau Schulze. „Da war sie sanft wie ein Lurcheidüchchen!“

Diese, seine Lebensgeschichte, erzählte mir heute im Theater-Café mein Freund Karl.

„Weißt du nun,“ fragte er mich, „warum ich so froh bin, daß es damals vor fünf Jahren noch keine 24-Stunden-Uhr gegeben hat.“

„Ja,“ meinte ich, „so mancher ist bei einem Eisenbahnunfall nicht verunglückt, weil er im Fahrplan den Frühzug für den

Abendzug gehalten. Lieber auf dem leeren Bahnsteig stehen, wo kein Zug zum Einsteigen auffordert, als unter die Räder kommen!“ Karl nickte mir verständnisvoll zu.

## Neue Pariser Zeitschriften.

Die ungeheuren Mengen von Fremden, die in Frankreich vorübergehend oder für stets Aufenthalt nehmen, haben zur Folge, daß auf französischem Boden mehr als auf irgendeinem anderen in Europa zahlreiche ausländische Zeitungen und Zeitschriften erscheinen. So wurden zurzeit in Frankreich 191 periodische Druckwerke in fremder Sprache veröffentlicht. Allein dreißig davon erscheinen auf italienisch, — denn der ganze Südosten Frankreichs ist mit italienischen Arbeitern angefüllt, — und 24 davon auf polnisch.

Die meisten dieser Zeitungen erscheinen durchaus nicht in Paris, sondern da, wo gerade eine Anhäufung von Fremden gedruckte Veröffentlichungen notwendig erscheinen lassen. In Paris war für die antifaschistischen Italiener die Tageszeitung „Corriere degli Italiani“ das Hauptorgan. Es zog nicht nur gehörig gegen Mussolini und dessen Dreifachteilien los, sondern es wurde auch von ihm ordentlich bespöttelt, — was immerhin ein günstiges Zeichen für die Zeitung war. Leider aber hat sie sich etwas viel mit Leuten eingelassen, die anfänglich zur Leibgarde Mussolinis gehörten und also einst die Antifaschisten unterdrückt hatten. Infolgedessen kann dieser „Corriere degli Italiani“ nur noch halb zu uns gezählt werden. Er wird nicht sehr viel gelesen und erschien monatlang überhaupt nicht. Nun kommt eine neue italienische Zeitung in Paris auf: „La Liberta“ („Die Freiheit“). Sie ist drei Wochen alt und rein sozialistisch eingestellt. Um sie scharen sich die sozialistischen Emigranten unter Führung des greisen Philippo Turoni.

Aber auch die in Frankreich wohnenden englischen Genossen sind jetzt zu einer publizistischen Aktivität übergegangen. Seit vier Monaten erscheint in Paris „The Green Leaf“ mit dem französischen Titel „La Revue Verte“ („Die grüne Zeitschrift“) unter Mitarbeit von Ramsay MacDonald und Leon Blum. Die meisten ihrer Artikel erscheinen auf englisch und französisch. Die Zeitschrift wird viel von englischen Lehrern, Arbeitern und Beamten in Paris gelesen. Die meisten Abnehmer allerdings hat sie in England, da der Franzose nicht leicht eine Zeitschrift kauft. Die Artikel informieren ausgezeichnet über die französische Politik. Jetzt wird langsam auch ein besonderer Maß für die Betrachtung der deutschen und belgischen Ereignisse freigehalten. Die „Revue Verte“ wird geleitet von der Genossin Bethel, der Vorsitzenden der Pariser Gruppe der englischen Arbeiterpartei.

Nun erscheinen daneben auch bereits jede Woche drei deutsche Zeitschriften in Paris in Zeitungsformat. Zum Unterschied von gewissen anderen Auslandsorganen, deren schwarz-weiß-rote Tendenz der deutschen Sache im Ausland zu einem ungeheuren Schaden zuzufügen, treten sie sämtlich für die deutsch-französische Verständigung, zum Teil in ganz radikaler Weise, ein. Da ist zunächst die von einem Franzosen zwecks deutsch-französischer Verständigung gegründete „Pariser Deutsche Zeitung“. Sie ist die größte der drei Zeitungen. Ihr Direktor ist ein Schweizer, der Chefredakteur ein Jugoslawe. Sie spart auch nicht mit heftigen An-

griffen gegen Mussolini, weil sie richtig erkennt, wo unser aller Feind steht.

Dann gibt es unter elbäischer Redaktion die „Neue Pariser Zeitung“, deren Auflagenhöhe nur halb so groß ist. Sie wird von der „Französischen Gesellschaft für europäische Wirtschaftsoffenlegungen“ herausgegeben, deren Vorsitzender Paul Roger ist, der frühere Präsident der Pariser Handelskammer. Sie sucht vor allem eine wirtschaftliche Annäherung beider Länder und die Ausführung des Pan-Europa-Programms. Und schließlich muß der „Pariser Kurier“ erwähnt werden, eine Bilderzeitung, die auch erst einige Wochen erscheint und allmählich ganz eine illustrierte Zeitschrift werden wird. Dies ist die einzige von einem Deutschen (und zwar einem Sozialisten) herausgegebene und redigierte Zeitschrift. Auch in ihr bekommt der Mussolinismus ebenso wie jeder Nationalismus manchen harten Schlag ab. Das Erscheinen dieser drei für die deutsch-französische Verständigung unumwunden und mutig eintretenden Zeitschriften gibt dem Verständigungsgedanken einen neuen Halt.

Kurt Benz.

Der gefährliche Lippenstift. In Paris hat sich unter der Devise „Arieg dem Ruffe“ eine „Antifaluga“ gebildet, die behauptet, daß bei einem einzigen Ruffe 40 000 Keime übertragen würden. Die amerikanische Wissenschaft hat sich nun, wie in der „Umschau“ berichtet wird, das Ziel gesetzt, diese schreckenerregende Zahl auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen und hat zu diesem Zweck in einem bakteriologischen Laboratorium den Ruff mit Ruffschant, Nitrostop und Petrifische unterzogen lassen. Wenn auch die Zahlen nicht ganz die angegebenen Größen erreichten, so sind sie immerhin abschreckend genug. Die Blut-Kaar-Platte wies nämlich bei einem Ruff von weiblichen Lippen 34 Keime, bei einem solchen von Lippen, die der Lippenstift bearbeitet hatte, sogar 707 Keime auf. Unter den gefundenen Organismen befanden sich auch gar schlimme Krankheitserreger wie die der Lungenentzündung und anderer Erkältungskrankheiten und auch der Erreger der Furunkel. Das Ergebnis zeigt also, daß das Ruffen immerhin keine gefahrlose Sache ist, zumal nicht bei geschminkten Lippen.

In den Kammerzimmern wird die Erstaufführung von Georg Kaiser's „Papiermühle“ auf Sonnabend verlegt. Die für Mittwoch gelösten Karten behalten Gültigkeit oder werden umgetauscht.

In der Sächsischen Oper wird „Hanneles Himmlische“ am 2. Juni zum ersten Male aufgeführt. Die Uebernahme bereits in Dresden und Breslau gegeben, und ist vom Stadttheater München, Stadttheater Hamburg, Nationaltheater Weimar zur Aufführung angenommen.

Bilddokumente des Weltkrieges. Die während des Krieges an der Front gemachten künstlerischen Veranlassungen am 28. Mai bis 27. Juni in der Ausstellungshallen am Zoo, Hardenbergstraße, unter dem Titel „Der deutsche Frontkämpfer“ eine große Ausstellung: Bilddokumente des Weltkrieges.

Kus der Bühnenveröffentlichung. Eine gemeinsame Konferenz des Verwaltungsrats und der Bezirkskommission der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger hat an Stelle Carl Oberst, der als Generalintendant nach Darmstadt geht, Edward von Winterstein einstimmig in den Verwaltungsrat gewählt.

Gerhart Hauptmann hat jetzt mit der Niederschrift seiner „Lebenserinnerungen“ begonnen. Die Veröffentlichung soll jedoch erst nach seinem Tode erfolgen.

daß die gegnerische Presse ein Parteiblatt gegen die Partei zitieren kann. (Zuruf: Kennen Sie wahr!) Die österreichische Partei hat auch die gleiche Zeit, in der sie in der Koalition mit den Christlich-Sozialen zusammenarbeiten mußte, überstanden, weil die Parteimitgliedschaft Kameradschaftlichkeit und Disziplin hoch hielt. Auf einem österreichischen Parteitag wären solche Reden, wie sie hier gehalten werden, unmöglich. Also lernt von Österreich, debattiert ohne Gehässigkeit in kameradschaftlicher Weise ohne Herunterreißen, denn nur so nähert sich die Partei, nur so kommen wir vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

#### Lange-Amberg:

Nach dieser Rede Stämpfers kann man dem Antrag Berlin nur zustimmen, daß die Berliner Parteigenossen ein eigenes Organ bekommen, denn sie hat bestätigt, daß der Parteivorstand den „Vorwärts“ nur als Deforgan benutzte. (Zuruf vom Parteivorstand: Und Sie wollen ein Gegenorgan!) Die Berliner Genossen wollen Einfluß auf die Massen gewinnen, um sie aufzuklären und dadurch die Partei vorwärts zu bringen. Der Genosse Braun, den manche für einen Staatsmann von Format halten, sagt, man solle sich überlegen, was man sagt. (Sehr richtig!) Auch die Freunde des Genossen Braun sind verschiedener Meinung über seine Rede. Die Diplomatensprache versteht der Arbeiter nicht, aber auch den Fanatismus sollten wir uns abgewöhnen. Als gestern Rosenfeld sprach, rief ein Genosse: „Du bist längst reif zum Ausschluß.“ (Hört, hört!) Ein solcher Zwischenruf richtet sich selbst. Vor allem darf kein Personalakt getrieben werden, wie das die Kieler Volkszeitung jetzt tut. Höher als die Kunst des Parteivorstandes muß uns das Vorwärtsdringen der Partei und die Gewinnung der Arbeiterschaft für unsere Ziele stehen. (Zuruf vom Parteivorstand: Unerhört!)

#### Müller-Leipzig

bittet die Mitglieder des Parteivorstandes, im Aufsichtsrat der Arbeiterbank dahin zu wirken, daß auch in Leipzig eine Filiale der Arbeiterbank eröffnet werde. Die Bilderbeilage „Volk und Zeit“ sollte eine wirkliche proletarische Bilderbeilage werden. In der Reichstagsnummer wurde ein Titelblatt mit dem Sowjetstern gebracht, das offenbar von einem kommunistischen Zeichner stammte. Außerdem ein Bild aus der christlichen Jugend- und Arbeiterbewegung. Abgeordnete, die ein Einkommen über 3000 Mk. haben, sollten 20 Proz. davon abgeben (Zuruf: Das geschieht schon), aber nicht an die Parteiorganisation, sondern an die Bezirke. Dem Genossen Braun will ich nur mitteilen, daß die sächsische Parteiorganisation in ihrem Bestand und ihrer Geschlossenheit einzig dasteht. (Sehr gut!) Die sächsische Parteiorganisation zählt heute rund 130 000 Mitglieder. Damit vertritt sie den Vergleich mit anderen Bezirken wie etwa Berlin, wo der geistig hochstehende Parteivorstand sitzt. Darum nicht immer auf den Sachsen herumreiten, sondern daran denken, wie man die Partei vorwärts bringt.

#### Frau Schilling

teilt für den Antrag ein, die Frauenkonferenz stets vor dem Parteitag abzuhalten. Nur wenn die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet, sind die Teilnehmerinnen frisch und können die Beschlüsse der Tagung alsbald dem Parteitag vorgelegt werden.

#### Toni Pfaltz

Verzeihen Sie, daß ein Mensch aus Bayern zu sprechen mag und diesen sächsischen Parteitag in einen deutschen Parteitag zurückzuwandeln. Die Sozialdemokratische Partei hat Volksbegehren und Volksentscheid in die Reichsversammlung heringebracht. Wie wollen Sie in Zukunft den Schwung für einen Volksentscheid aufrechterhalten, wenn Sie nach dem Volksentscheid sein Ergebnis als nicht vorhanden betrachten. Es war ein Fehler der Reichstagsfraktion, daß sie die Hohenzollernfrage nach Preußen zurückverhoben hat, obwohl es eine ausgesprochen deutsche Angelegenheit ist. Aber der Reichstagsfraktion fehle der Mut, den Ausfall des Volksentscheids ehrlich zu vollziehen. Das Volk hat leider gegen uns entschieden, und das hätte am ersten Tage nach dem Volksentscheid mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden müssen. Die Illusion, daß viele christliche Arbeiter, die beim Volksentscheid an unsere Seite getreten waren, dauernd bei der Partei bleiben könnten, war ja von vornherein unbegründet.

Es wäre ehrlich und gerecht gewesen, einfach zuzugeben, daß wir die Schlacht verloren hätten. Wir können den Genossen offen die Wahrheit sagen, damit sie Gelegenheit zur Beurteilung ihrer eigenen Fehler haben, wenn wir sie das nächste Mal zur Entscheidung ruhen. Wir im Reich standen außerhalb der Koalition und hätten den Mut finden sollen, die Entscheidung auf uns zu nehmen. Ich gehöre zu der viel verhassten Gruppe der Schulmeister. Aber mit Schulmeister verliert man wenigstens etwas von der Fügung der Jugend. Man braucht ihr nicht bei jeder Gelegenheit, wo sie über die Stränge schlägt, eins überzugeben. Die Jugend braucht Bewegungsfreiheit und sie braucht vor allem, was uns auch sonst in der Partei oft fehlt, Vertrauen.

#### Stellung

Rosenfeld hat den Eindruck zu erwecken versucht, als ob in der Partei die Meinungsfreiheit völlig unterdrückt werde. Dabei gibt es einige Parteiblätter, die häufig geradezu parteiischädigend schreiben, die Parteibeschlüsse und Parteieintritte gehässig herabsetzen, und, obgleich einem manchmal dabei der Ekel hochsteigt, greift der Parteivorstand nicht ein, weil er sich nicht dem Vorwurf der Unterdrückung der Meinungsfreiheit auslegen will.

Demokratie heißt nicht nur schrankenlose Meinungsfreiheit. Demokratie heißt auch Unterordnung unter die Interessen der Partei (Sehr richtig). Glaubt man wirklich, daß das Leipziger Allerlei, das hier geredet worden ist, den Interessen der Partei dient? Ein Redner hat sich darüber beschwert, daß man Otto Braun einen Staatsmann von Format genannt hat. Wenn man sich hier manche sächsische Staatsmänner ansieht, so kann man Preußen nur beklammern, daß es einen Staatsmann von solchem Format wie Otto Braun hat.

Es ist gut, daß das ganze deutsche Volk erfährt, was die Republik Preußen und Preußen der Regierung unter Otto Brauns Leistung zu verdanken hat. (Lebhafter Beifall.)

Eine kameradschaftliche Auseinandersetzung setzt Achtung vor dem anderen voraus. Wenn es damit bei der Opposition nicht abgemacht hätte, so hätte sich mancher Konflikt klären lassen. In der Beamtenfrage hat Aufhäuser eine klare Entscheidung verlangt. Vergessen Sie nicht, daß die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses über diese Frage das Ergebnis langer Beratungen ist.

Wir sind alle durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen und stehen deshalb im innersten Herzen auch bei den freien Gewerkschaften. Wir kommen aber nicht darüber hinweg, daß alle langjährige Parteigenossen im Deutschen Beamtenbund sind und es auch bleiben wollen. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß es unklug ist, dem Deutschen Lehrerverein das Rückrad zu brechen. Das würde nur die reaktionären, konfessionellen Elemente stärken.

Vergessen Sie nicht, daß wir in den uns noch fernstehenden Beamtenkreisen für unsere Partei werden müssen. Wir dürfen der Partei keine Schranken vorbauen gegen die Beamten, die im Deutschen Beamtenbund sind und die sich aus diesem Rahmen noch nicht lösen können!

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen.

Der bayerische Ministerpräsident hat an die sozialdemokratische Landtagsfraktion ein Beileidschreiben zu dem Ableben des Genossen Körner gerichtet. Darin wird die ausdrückliche Anteilnahme der bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck gebracht.

## Die Folgen der Reudell-Feme.

### Ein „Ehrengerichtsurteil“ gegen Tresckow.

Das „Ehrengericht“ des Vereins der Offiziere des ehemaligen Königl. Preussischen (Brandenburgischen) Dragoner-Regiments Nr. 2 hat über den ehemaligen Leutnant v. Tresckow folgenden Spruch gefällt: „Der Leutnant a. D. Hasso v. Tresckow ist schuldig der Verletzung der Standesehre mit Beantragung des Ausschlusses aus dem Offiziersverein.“

„It kann auf mit auf Deutsch explizier“, sagt Riccaut de la Martinière in Lessings „Minna von Barnhelm“. Uebersetzt wir also: „Der Leutnant a. D. von Tresckow ist schuldig der Verletzung der Standesehre. Gegen ihn wird Ausschluss aus dem Offiziersverein beantragt.“

Nun, wenn Herr von Tresckow verständig ist, wird er auf den Spruch des gänzlich unmaßgeblichen Offiziersvereins pflegen. Politisch interessant ist etwas anderes: An der Spitze der Großgrundbesitzer und verflochtenen Stabsoffiziere, von denen die gesellschaftliche Frennung des unbehaglichen Nachbarn von Tresckow ausging, stand der heutige Reichsminister des Innern von Reudell. Und der Reichstanzler Dr. Marx war es, der seinen Bürgerblockkollegen im Reichstag am 11. Februar verteidigte. Er machte sich den Vorwurf der Rechtsradikalität zu eigen, Herr von Tresckow habe einen großen Vertrauensbruch begangen. Dieser Vertrauensbruch hatte darin bestanden, daß Herr von Tresckow beim Reichswehrministerium angefragt hatte, ob die Berufung eines Offiziers auf das Reichswehrministerium, der für die Aufstellung illegaler Formationen warb, zu Recht erfolgt sei!

## Die Steuern des Exherzogs.

### Der Koburger zahlt nicht, weil die Veranlagung nicht fertig ist.

Weimar, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Kreisrat des Landkreises Gotha kam zur Sprache, daß der ehemalige Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha keinen Pfennig an Real- und Mietzinssteuern gezahlt hat, seitdem auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts vom Juni 1925 ihm das Vermögen zurückgegeben worden ist. Der Landrat erklärte, der Fehlbetrag im Haushaltsplan des Kreises wäre längst gedeckt, wenn der Herzog seine Steuern bezahle würde. Der Kreisrat besitzt eine bürgerliche Mehrheit, aber auch sie mußte es als einen unholdbaren Zustand bezeichnen, daß dieser reiche Großgrundbesitzer sich um das Steuerzahlen drückt, weil man angeblich mit seiner Veranlagung nicht fertig geworden sei. Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringer Landtages hat in einer Anfrage an die Landesregierung Auskunft verlangt, weshalb die Veranlagung des Herzogs noch immer nicht erledigt worden ist.

## In der Falle — oder nicht?

### Eine „Berichtigung“ der Kohleverwertungs-A.G. in Essen.

Kürzlich hat das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß es seine Mitglieder nicht verpflichtet habe, die Lieferung von Feinkohle für die Erweiterung von Gaswerken zu unterlassen. Wir haben die Erklärung des Syndikats wiedergegeben, dieser Erklärung aber hinzugefügt, daß sie für den „Vorwärts“ nichts bedeuten könne. Der „Vorwärts“ habe nämlich festgestellt, daß nicht das Syndikat, sondern die Kohleverwertungs-A.G. Essen ihre Mitglieder einen entsprechenden Revers für Brennstoffe habe unterzeichnen lassen. Wir fügten hinzu, daß die A.G. für Kohleverwertung bisher noch nicht dementiert habe.

Dieses Dementi der A.G. für Kohleverwertung ist uns jetzt zugegangen. Allerdings bedauert die A.G. für Kohleverwertung, daß dem „Vorwärts“ zwei Mitteilungen an die Presse gegangen seien, die die Gesellschaft schon am 7. und am 10. April dieses Jahres veröffentlicht habe. In diesem Punkte irrt sich die Gesellschaft nun. Wir hatten nämlich guten Grund, diesen Dementis zunächst keinen Glauben zu schenken. Der Grund dafür liegt in den Aufklärungen, die uns die Kohleverwertungs-A.G. gestern geschickt hat. Sie teilt uns nämlich den Wortlaut des Reverses mit. In seinen entscheidenden Stellen lautet er wie folgt:

„Wir verpflichten uns Ihnen gegenüber: 1. keine brennbaren Gase an dritte zu liefern, 2. weder Werke zu betreiben, die brennbare Gase an dritte abgeben, noch uns daran in irgendeiner Form mittelbar oder unmittelbar zu beteiligen, 3. weder Fernheizungsanlagen zu betreiben noch uns daran in irgendeiner Form mittelbar oder unmittelbar zu beteiligen, noch dritte für solche Zwecke mit Wärme aus unseren Betrieben zu beliefern.“

Soweit der entscheidende Wortlaut. Ein Datum für den Revers ist nicht angegeben. Tatsächlich steht hier von einer Brennstoffsperrung an andere Gaszweiger nichts drin. Aber die Sache hat leider einen großen Haken. Gezwungen, nicht gerne, müssen wir den Wortlaut des uns bekannten Reverses veröffentlichen. Darin heißt es:

„Wir verpflichten uns für die Dauer unserer Eigenschaft als Aktionär Ihrer Gesellschaft:

1. keine brennbaren Gase an dritte zu liefern,
2. keine Werke zu betreiben, die brennbare Gase an dritte abgeben, noch derartige Werke ohne Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit ihrer Generalversammlung mit Brennstoffen zu beliefern, noch uns daran in irgendeiner Form zu beteiligen,
3. keine Fernheizungsanlagen zu betreiben oder uns daran in irgendeiner Form zu beteiligen, oder ohne Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit ihrer Generalversammlung dritte mit Brennstoffen oder mit Wärme aus unseren Betrieben für solche Zwecke zu beliefern.“

Dieses der Wortlaut des Reverses, wie er uns bekannt ist. Es wird niemand auf der Welt geben, der behaupten wird, daß zwischen den beiden Reversen kein Unterschied besteht. Er besteht eben in der entscheidenden Sperre für Brennstoffe, soweit öffentliche Konkurrenz damit beliebert werden sollen.

Nun wollen wir natürlich gern zugeben, daß der heutige Vertrag zwischen den Mitgliedern der Kohleverwertungs-A.G. so lautet, wie diese es behauptet. Die Kohleverwertungs-A.G. würde die Öffentlichkeit gewiß nicht falsch informieren. Aber wir wollen doch an die Kohleverwertungs-A.G. eine Frage richten. Wir wollen sie fragen, ob ein Vertrag des Wortlautes, wie wir ihn oben wiedergegeben haben, bestanden hat oder nicht. Auf die Antwort wollen wir gern und in aller Ruhe warten. Es würde nämlich für die Öffentlichkeit wirklich voll und ganz genügen, daß ein solcher Vertrag einmal bestanden hat. Ja, es würde sogar genügen, wenn die Kohleverwertungs-A.G. einmal auch nur einen entsprechenden Beschluß gefaßt hätte.

Dann wäre immerhin klargestellt, daß man an der Ruhr tatsächlich mit den brutalsten Mitteln die Gaswerke zum Abschluß an das Ferngasprojekt zwingen wollte, und daß die Städte wirklich allen Anlaß hätten, die von den Gasbarren so heftig bekämpften Felderläufe Frankfurt und Kölns ernsthaft als allgemeine Notwendigkeit ins Auge zu fassen.

## Die Verfehlungen beim Wohnungsamt.

### Auch die Reichsbahn . . .

Nach der Bernehmung des Magistratsrats Dr. Hauptmann bestritten auch die übrigen Angeklagten, sich einer Bestechung schuldig gemacht zu haben.

Der Angeklagte Polizeisekretär Koch gab an, daß er sich auf die einzelnen Fälle, in denen er Medalscheine des Einwohnermeldeamtes zum Zwecke der Erlangung einer weißen Karte ausgestellt hatte, nicht mehr entsinnen könne. Landgerichtsdirektor Steinhäus: „Wie erklärt es sich, daß in 23 Fällen die von Ihnen gemachten Beurteilungen nicht mit den Tatsachen übereinstimmen?“ Angekl. Koch: „Es ist wohl möglich, daß ich es in einzelnen Fällen unterlassen habe, Angaben auf dem Fragebogen nachzuprüfen. Ich war überarbeitet und zusammengedreht, und da habe ich mich in zu großer Vertrauensseligkeit auf die Richtigkeit der Angaben verlassen.“ Aussehen erregte die Aussage des angeklagten Wohnungsvermittlers Rindfleisch; er erklärte, daß er bei den amtlichen Stellen der Reichsbahn ein- und ausgegangen sei, da er von dieser zwecks Beschaffung von Wohnungen für nach Berlin verlegte Reichsbahnbeamte ständig in Anspruch genommen worden sei. „Er habe 200 bis 700 Mark von der Behörde bekommen. Diese Zahlungen wurden aber nicht nur für die Beschaffung der weißen Karten, sondern zugleich auch für die Wohnungsvermittlung gezahlt.“ Kurz gierend und nach einem längeren Kreuzverhör rüde der Angeklagte mit dem Namen seines Auftraggebers, des Eisenbahndirektors Aulen, heraus. Er bestritt, Koch für die Ausstellung der Medalscheine oder einem Beamten des Wohnungsamtes Kreuzberg für die weißen Karten etwas gezahlt zu haben. Dagegen habe er Israel, der ihm geholfen habe, durchschnittlich 300 Mark abgeben. Vorl.: „Israel soll doch aus Hungersnot Selbstmord verübt haben?“ Angeklagter: „Davon weiß ich nichts.“ Die übrigen angeklagten Wohnungsvermittler und -vermittlerinnen haben in einer Reihe von Fällen durch die Hilfe von Seeboldt sich beim Wohnungsamt Kreuzberg weiße Karten beschaffen lassen. Seeboldt hat dabei einen erheblichen Betrag abbetommen. Dann wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten, in deren Verlauf stellvertretend Landgerichtsdirektor Steinhäus aus den Akten folgende merkwürdige Vorkommnisse festsetzte: Am 6. Februar hatte Koch den Medalschein ausgestellt, der schon an demselben Tage Dr. Hauptmann vorgelegt wurde. Dieser verfügte noch an dem gleichen Tage, daß Rathen mit Frau und fünf Kindern auf die Dringlichkeitsliste zu setzen sei. Am 9. Februar hatte Dr. Hauptmann verfügt, daß die weiße Karte zu erteilen sei, und an dem gleichen Tage auch diese Karte ausgestellt. Vorl.: „Waren Sie zuständig hierfür?“ Angekl. Dr. Hauptmann: „Ich habe mich für zuständig gehalten.“ Vorl.: „Es ist auffällig, daß Sie als Magistratsrat die Karte selbst in Empfang genommen haben.“ Angekl.: „Das kam öfter vor. Ich habe Stadtrat Conrad vorher Vortrag gehalten“ (der Sachverständige Stadtrat Conrad protestierte laut dagegen und rief: „Junge, das stimmt nicht!“). Als der Angeklagte davon sprach, daß Rathen doch eine Wohnung bekommen hätte, weil er auf der Dringlichkeitsliste stand, rief Stadtrat Conrad nochmals dazwischen: „Um nach vier Jahren an die Reihe zu kommen!“ Die weiteren Verhandlungen wurden auf Dienstag früh vertagt. Zu morgen ist auch als Zeuge der Eisenbahndirektor Aulen geladen.

## Kindesaussetzung in Friedenau.

In dem Hause Rheinstraße 59 in Friedenau wurde am Montag spät abends eine Kindesaussetzung entdeckt. Mieter, die gegen 11½ Uhr heimkehrten, wurden durch ein Bimmern aufmerksam und fanden im zweiten Stock auf der Bordertreppe ein Paket, das ein kleines Kind enthielt. Es war, wie die nächste Fürsorgestelle feststellte, ein etwa sieben Tage altes Mädchen. Der Findling, der dem Säuglingsheim in Schöneberg übergeben wurde, trug über den Windeln ein weißes Hemdchen, ein weißes wollenes Jäckchen, ein weißes ärmelloses Kleidchen mit kupferfarbener Stickerei und rosa Armbändchen und ein weißes Wolljäckchen mit rosa Stickerei. Eingemastet war es dann in eine grüne Damenstrickjacke mit modischer Einfassung und ein weinrotes Umhängeläch. Man vermutet, daß die unbekannte Mutter mit dem Kindchen erst kurz vorher ein Krankenhaus oder eine Entbindungsklinik verlassen hat. Wie sie nach Torschlöß in das Haus hat hineinkommen können, ist noch nicht aufgeklärt. Mitteilungen an das 178. Revier und die Kriminalinspektion Schöneberg.

## Von ihrem eigenen Vater entführt.

Wie wir kürzlich mitteilten, wurde die 6 Jahre alte Tochter Hanna des Arztes Dr. Glütsmann, der von seiner Frau getrennt lebte und mit ihr in Scheidung lag, von ihrem eigenen Vater entführt. Bis zur Entscheidung der von der Frau eingereichten Klage war die Tochter der Mutter zugesprochen worden. Der Vater durfte sie nur von Zeit zu Zeit sehen. Am 1. Mai holte er das Kind morgens um 9 Uhr aus der Wohnung der Mutter ob und verpackte es mittags zurückbringen zu wollen. Das tat er jedoch nicht. Die Mutter machte Anzeige, und die Kriminalpolizei ermittelte Dr. Glütsmann in Hamburg und nahm ihn fest. Das Kind aber blieb verschunden. Am Sonntag erhielt die hiesige Kriminalpolizei von der holländischen die Mitteilung, daß das vermisste Kind sich bei einer dem Arzt befreundeten Familie Bewandlung in Utrecht und dort in guten Händen befindet. Dr. Glütsmann hatte es nach Utrecht gebracht und die Familie durch falsche Vorpiegelungen bewogen, es bei sich zu behalten. Als sie aus den Zeitungen die wirklichen Vorgänge erfuhr, machte sie bei der Orispolizei sofort Anzeige. Die Mutter und ihr Rechtsbeistand sind bereits nach Utrecht abgefahren, um das Kind nach Berlin zurückzuholen.

## „Ueberfallanrufe.“

Am 15. d. M. ist eine neue Regelung der „Ueberfall“-Anrufe dahingehend in Kraft getreten, daß die an die Fernsprechermittlungsstellen Adlershof, Oberschöneweide und Köpenick angeschlossenen Teilnehmer bei Angabe des Wortes „Ueberfall“ unmittelbar mit dem Ueberfall-Kommando Köpenick verbunden werden. Die an die Vermittlungsstellen Grünau und Friedrichshagen angeschlossenen Teilnehmer werden bei „Ueberfall“-Anrufen mit den zuständigen Polizeirevierern verbunden, die auf direkten Leitungen das Ueberfall-Kommando benachrichtigen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Einrichtung des Ueberfall-Kommandos nur für die im Landespolizeibezirk Groß-Berlin wohnenden Teilnehmer in Frage kommt.

## Schul-Kunstausstellung Charlottenburg.

Künstler und Pädagogen gründeten im Jahre 1920 den Bund für Kunstausstellungen in Schulen, um durch seine Veranstaltungen die Erziehung zur Kunst zu fördern. Mit einer beträchtlichen Zahl kleiner Kunstausstellungen, die nicht nur auf die Schulkinder, sondern darüber hinaus auf die breiten Massen des Volkes berechnet waren, hat der Bund sich um die Lösung seiner Aufgabe bemüht. Am Sonntag konnte er seine Ausstellung in Charlottenburg eröffnen, die er unter Beihilfe des Bezirksamtes ins Werk gesetzt hat. Bei der Eröffnungsfeier im Charlottenburger Rathaus betonte Bürgermeister Augustin die Notwendigkeit, solche Ausstellungen in nicht zu großen Zeitabständen zu wiederholen. Für Charlottenburg ist diese Schul-Kunstausstellung die erste. Die Auswahl von etwa 100 Kunstwerken, von Dargestellten, Aquarellen, Graphiken und Plastiken, ist nach den künstlerischen und kunstpädagogischen Gesichtspunkten zusammengestellt, die bei den früheren vom Bund veranstalteten Kunstausstellungen in anderen Verwaltungsbezirken Berlins sich bewährt haben. Die Ausstellungen des Bundes berücksichtigen die verschiedenen Kunstrichtungen der Zeit und bieten ihrem Publikum auch „modernste“ Werke, von deren Verständnis mancher Besucher noch erfolglos ringt. Erziehung zum Verständnis

